

Berlin, Freitag,

den 16. December 1892.

Die Zeitung erscheint in der Woche wöchentlich.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Bezugs-Preis: vierteljährlich für Berlin 7 M. 50 Pf. ohne Steuern, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 M.

Verdingungs-Anzeiger. Hotels- und Bäder-Anzeiger. Vollständige Ziehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie. Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Berliner Börsen-Beitung.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband-Sendung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für Frankreich bei Aug. Arnould in Straßburg i. E., für England bei Aug. Siegle in London, 30 Pine Street E. C., Comis & Co. in London, 19 Grenham Street E. C.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Inserations-Gebühr:

die vierzeilige Zeile 40 Pf., Reclamzeitung 80 Pf., die ganze Seite 200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Beitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Zur Lage.

Die erste Lesung der Militärvorlage ist beendet und Parlament wie Regierung haben Anlaß, im Rückblick auf die dreitägige Debatte den zuerst eingenommenen Standpunkt nochmals zu prüfen und etwa erforderliche Veränderungen zu vollziehen. Was das Parlament anlangt, so scheint es daselbst noch an jeder Möglichkeit einer Verständigung zu fehlen. Freisinn und Centrum — zusammen noch keine Mehrheit — haben in gewissem, sehr bedingtem Sinne sich bereit erklärt, die zweijährige Dienstzeit innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenz zu bewilligen; die verkürzte Dienstzeit dürfte natürlich als gescheitelt, dauernde Einrückung gewährt werden und über die Anzahl von Jahren, für welche die Bewilligung unwiderruflich sein soll, müßte eine Vereinbarung erst noch getroffen werden. Grundsätzlich will und kann eigentlich der Freisinn nur einjährige Bewilligungen ausprechen, und wenn es sich nur um diese eine Differenz handelte, würde er hier seine grundsätzliche Entschiedenheit ohne Zweifel auch beweisen, um schließlich auf ein vereinbartes Datum hinaus zu kommen. Aber einzuweichen führen doch nur so viel andere Wege, daß er sich den Luxus wohl erlauben kann, an diesem Punkte im Stehen der Mäßigung und der entgegenkommenden Stimmung zu glücken. Es wird um eine drei- ja selbst um eine fünfjährige Bewilligung keinen großen Streit geben, aber selbstverständlich nur in Betreff der zweijährigen Dienstzeit innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenz. Die Erklärungen Nichters wie v. Stauffenbergs sind bestimmt genug, man kann daraus den sicheren Schluß ziehen, daß der Freisinn bis 1899 an Mannschaften zu bewilligen bereit ist, was bis 1894 zu bewilligen im Jahre 1887 ein so verbrecherischer Angriff auf die Volkswirtschaft und die Steuerkraft des Landes gewesen sein soll. Das kennt man ja. Ist ein Gesetz erst im Streit gegen den Radicalismus durchgebracht und hat sich einige Jahre eingelebt, so pflegt jedesmal der Moment zu kommen, wo der Radicalismus sich zum Vertheiliger dessen aufwirft, was er selbst so leidenschaftlich angefochten hatte.

Doch dies nur beiläufig, um die deutschfreisinnige Partei daran festzuhalten, daß ihr heute auf längere Fristen annehmbar erscheint, was ihr 1887 ganz und gar unerträglich war.

Käme es nun lediglich darauf an, die zweijährige Dienstzeit innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenz einzuführen, und wäre nur über die Frist von Jahren der Bewilligung ein Streit, so würde eine Mehrheit im Reichstage ohne Weiteres zu haben sein. Das Centrum sowohl, wie die nationalliberale Partei würden dieser Mehrheit angehören und um 3- oder 5jährige Fristen sich nicht weiter erschüttern, sondern nehmen, was eben zu erhalten am sichersten wäre. Die Conservativen und der linke Flügel der Conservativen würden sich auszusprechen und jedenfalls die Mehrheitsziffer herstellen, ob nun der Freisinn mitginge oder abschwante.

Das ist der eine — und soweit wir sehen, der einzige feste Punkt in den verworrenen und unsicheren Verhältnissen des Augenblicks; und auch von diesem festen Punkte aus ergiebt sich die Perspektive auf neue Schwankungen und Meinungsverschiedenheiten. Wenn die Friedenspräsenz nur erhalten bleibt, nicht verkürzt wird, müssen doch bei der zweijährigen Dienstzeit 25—30 000 Mann mehr abgegeben werden. Damit sind Mehrkosten verbunden, vom Beginn des Aushebungsjahres an bis zur Entlassung aus dem Landsturm verursacht jeder Rekrut mehr auch soviel Kosten mehr. Wie hoch belaufen sich dieselben? Herr Richter fand 19 Millionen, noch zu viel, Herr Nichter und Dr. Alexander Meyer schätzen 25 Millionen angemessen. Die Regierung wird voraussichtlich veranlaßt werden, darüber einmal in der Commission genauere Aufschlüsse vorzulegen und — hundert gegen eins! — Herr Nichter wird auch den billigen Anschlag noch weit aus zu theuer finden, um nur ja bei der Geldbewilligung abschwanken zu können, selbst wenn er bei der Mannschafsbewilligung eingeknickt haben sollte. Ist der zweijährigen Wege der Mittelbeschaffung — ob durch directe oder indirecte Steuern,

durch die Bier- oder Tabaksteuerung u. c. — wird mit der ängstlichen Unken vollends kein Abkommen sich ermöglichen.

Dieser Ausblick stets vor Augen zu behalten, hat die Regierung unseres Erachtens allerdings wohl begründete Ursache. Die Salven des Beifalls, die dem Reichstage jüngst geopfert wurden, als er die Conferativen vor dem Antisemitismus warnte, — mögen wohlgefällig empfunden worden sein. Aber auch der stürmische Beifall zur Kriegs-Erklärung an die Abwärt- Böhmeische Demagogie ist noch lange keine Verpflichtung der Heeresfolge auf dem Gebiete militärischer Bewilligungen. Der Kanzler selbst hat diejenigen für schlechte Patrioten erklärt, die ihm Soldaten verweigern wollten, nur weil er die bimetallicischen und antisemitischen Bestrebungen verurtheilt. Umgeben werden ihm die Nationalen erklären, daß sie sich selbst für schlechte Soldaten erklären, wenn sie nur wegen dieser Uebereinstimmung im Urtheil über Antisemitismus und Bimetallismus sich zu militärischen Opfern entschließen würden, denen sie grundsätzlich und sachlich widerstehen.

Soll also eine Verständigung überhaupt erzielt werden, so ist die Rechnung damn am sichersten, wenn die Freisinnigen überhaupt außer Anschlag bleiben. Das sind freilich nur bei Demokraten an die 80 Stimmen und die 36 Socialdemokraten sind von vornherein auszuschließen. Das Gebiet, auf welchem die Verständigung gänzlichsten Falles denkbar ist, beschränkt sich somit bereits auf eine Anzahl von rund 280 Angehörigen des Reichstages.

Unter ihnen sind nun vorerst zwei verschiedene Richtungen ins Auge zu fassen: die Anhänger der dreijährigen Dienstzeit und gleichzeitig grundsätzlichen Gegner des Erneuerungs- und Verjüngungsplanes, — das sind etwa 40 Conservativen, — andererseits die Anhänger der zweijährigen Dienstzeit und gleichzeitig grundsätzlichen Freunde der „Verjüngung“, das sind die übrigen 240 Abgeordneten, die Nationalliberalen und gemäßigten Conservativen, das Centrum, die Polen und die Mehrzahl der Wälder.

Genau sind 240 noch immer eine Mehrheit, aber es genügt, die einzelnen Bestandtheile derselben hier aufgezählt zu haben, um die Schwierigkeit, ja die Gefahr der inneren Lage erkennbar zu machen. Wie soll irgend eine Regierung im Stande sein, eine solche Mehrheit zusammenzufassen? Die Ultramontanen und Polen sind ohne erhebliche Zugeständnisse nimmermehr zu haben, und wie auch die Zugeständnisse verlangt werden, immer werden sie in der unverboblenen Ansicht verlangt sein, gerade die andere Hälfte der zur Mehrheit vorhandenen politischen Gruppen, die besiegtesten Mittelparteien, zu schädigen, womöglich zu isoliren!

Und darin liegt der schwere Fehler der Regierungspolitik, daß sie ins Uferlose hinausgerannt, um jetzt unvorbereitet, einflusslos, ohne stützende Kraft diesem Dilemma gegenüberzusetzen; daß sie sich einredete, der festen Mehrheit entgegen zu können, deshalb auch jeden Versuch, eine feste Mehrheit sich allmählich wieder zu schaffen, gescheitert vermie. Mit beweiswerthem Optimismus hat der Kanzler alle Hoffnungen auf die Kraft seiner Gründe gebaut, — er muß sich heute bereits fagen, daß dieses Vertrauen gänzlich getäuscht ist.

Welche Folgen wird er daraus ziehen? Es steht fest, daß auch die größte Wortverwendung nicht ausgerichtet hat, nur die 240, auf die er gänzlichsten Falles rechnen konnte, bis zur Bewilligung der ganzen Vorlage hinzureisen. Es steht eben so fest, daß zur Zeit kaum 100 Stimmen für eine mehr oder weniger erhebliche Bewilligung über die gegenwärtige Präsenz hinaus in Betracht kommen. Damit ist in der That die Vorlage so, wie sie eingebracht ist, als gescheitert zu betrachten, und es fragt sich nur noch: läßt sich diese Regierung überhaupt etwas abhandeln, wieviel, und welchen Preis vermag sie dem Centrum zu bieten, daß es eine wesentlich herabgeminderte, aber doch eine über die gegenwärtige Friedenspräsenz hinausreichende Ziffer mit bewilligt?

Darüber muß sich die Regierung nun, bis die Commission ihre Beratungen beginnt, schlüssig werden. Die Grenzen dessen, was ängstlichen Falles zu erreichen ist, daß Herr von Bennigsen im großen Unrath abgedrückt. Für die Cavallerie wäre angeblich gar nichts zu haben. Die Verstärkung der

Artillerie um eine erhebliche Anzahl von Geschützen dürfte durchzuführen sein, wenn nötig, einzustellen, ohne die Mannschaften dazu, bis eben die Officiere und Unterofficiere vorhanden wären, um die Mannschaften auch auszubilden zu können. Die beschiedene Verstärkung der anderen technischen Waffen, Pioniere u. s. w., würde kaum auf Schwierigkeiten stoßen. Auf die Erhöhung der Mannschafsziffer für die vorhandenen Bataillone müßte die Regierung verzichten, und die vierten Bataillone könnte sie höchstens bei einem oder bei zwei Armee-corps zum Zwecke eines Versuches bewilligt erhalten, und auch dann würden schwerlich die beiden Rumpfcompagnien für diese „Schwamm-Bataillone“ zugestanden werden; zum Experiment wäre auch eine solche Compagnie genug. Nach überschläglicher Schätzung würde zu allen diesen Zwecken eine Verstärkung der Friedenspräsenz um etwa 30- bis 33 000 Mann völlig ausreichend sein; für die übrigen 50 000 Mann, die verlangt werden, sind auch nicht zwei Duzend Stimmen im Reichstage zu haben. Durch jene Verstärkung um 33 000 Mann kämen wir aber auf die gleiche Höhe mit der französischen Friedenspräsenz, auf rund 520 000 Mann.

Das wäre, wenn wir Herrn von Bennigsen richtig verstanden haben, der Inhalt einer Verständigung, für welche zunächst wenigstens die Mittelparteien zu gewinnen sein würden, — immer vorausgesetzt, daß das Bedürfnis der Bewilligung wirklich nachgewiesen wird, was zur Zeit durchaus noch nicht der Fall ist. Kann die Regierung, nachdem sie so über das Maß des politisch Rathbaren hinaus auf die „ganze Arbeit“ sich verlegt hat, — bis zu der bezeichneten Linie zurückgehen? Und wenn sie sich dazu entschließt, kann sie, ohne die Mittelparteien und das staatliche Interesse zu verletzen, das Centrum dafür gewinnen, daß es bis zu derselben Linie über das bisherige Angebot hinaus noch entgegenkommt? Wie die Dinge heute liegen, ist beides nur sehr wenig wahrscheinlich. In der That muß man befürchten, daß nach dem 10. Januar, sobald die ersten bedeutsamen Abstriche und Abtheilungen in der Commission erfolgt sind, die innere politische Lage zur inneren Krisis sich entwickelt. Dann geht es von Auflösung zu Auflösung in den Conflict oder es wird der von Herrn von Bennigsen vorgezeichnete Weg eingeschlagen, — wie und unter weiser Führung, soll uns gleichgiltig sein, wenn er nur eingeschlagen und eingehalten wird.

—y—

Telegramme.

Wien, 15. December. (E. T. C.) Antliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Landtags-Erwahl im Wahlbezirk Sinsburg-Ortelsburg (7. Reg.-Bezirk Gumbinnen) an Stelle des verstorbenen Landrath von Sawerin wurden für den conferativen Kandidaten, Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirten von Quassowitz, Rittergutsbesitzer (Kr. Sinsburg), 242 Stimmen abgegeben. Ein Gegenkandidat war nicht angetreten. Ein Quassowitz ist somit gewählt.

München, 15. December. (D. B. H.) Das „Freundenblatt“ erfährt von gut unterrichteter Seite, die Bundesregierung hätten alle Vorbereitungen zur Vornahme von Reichstagsneuwahlen bereits getroffen.

Wien, 15. December. (D. B. H.) Nach Politischen Blättern machen Kaiser gestern Nacht einen erfolgreichen Besuch, den Zug der Warschau-Wiener Bahn umweit Warschau zu überfallen und eine mit Geld gefüllte Cassette zu rauben. Angehlich verhinderte das Fahrpersonal den Raub.

Wien, 15. December. (E. T. C.) Der Central-Rechnungsabschluss des Staatshaushalts für das Jahr 1891 weist gegenüber dem Vorschlag einen Ueberschuß von 14 370 000 Gulden auf; die directen Steuern ergaben einen Mehretrag von 6 770 000 Gulden, die indirecten Steuern einen Mehretrag von 9 100 000 Gulden, wogegen der Staatsdienstausgaben ein Ueberschuß von 1 000 000 Gulden ergab.

Baden i. Nargau, 15. December. (E. T. C.) Ein mandirter Güterzug der Nordostbahnlinie fuhr heute Vormittag 10 Uhr in Folge fallender Weichenstellung in ein unwirtliches Gelfeld und zertrümmerte vier dort befindliche leere Personenzüge, welche theilweise auf die Straße geworfen